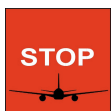




Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz e.V.



Bürgerinitiative Schwarzwald-Baar-Kreis gegen Züricher Flugverkehrsbelastungen

Pressemitteilung

23.08.2013

Die beiden BI's kritisieren die gegenwärtige Haltung und Verschleppungstaktik seitens der Bundesregierung zu Neuverhandlungen des Staatsvertrags mit der Schweiz und die Untätigkeit in Sachen einer zwingend notwendigen neuen DVO.

Nach Meinung der BI's besteht aufgrund deutlicher Zeichen aus der Schweiz und Berlins weiterhin die Gefahr, dass nach der Bundestagswahl die Ratifizierung des desaströs ausgehandelten Vertrages, der im Kern nicht durch weitere Erläuterungen und Präzisierungen in Protokollen selbst mit völkerrechtlichem Charakter heilbar ist, im Deutschen Bundestag erneut angegangen wird.

Die in einer Antwort des Staatssekretärs Mücke widergespiegelte Grundhaltung des Verkehrsministers auf eine Anfrage der Grünen im Deutschen Bundestag zeigt u.a., dass der lobenswerte und von uns unterstützte Einsatz unserer Mandatsträger über Parteigrenzen hinweg und der Schulterchluss der Region nach der Wahl wirkungslos bleiben.

Weder besteht Herr Dr. Ramsauer, wie versprochen, auf zügige „Neu“- bzw. „Nach“-verhandlungen zu den Themen Flugrouten, Flughöhen, Flugbewegungszahlen, noch lässt er in seinem Ministerium ernsthaft an den Vorbereitungen für eine neue DVO auf der Grundlage der Stuttgarter Erklärung arbeiten. Dagegen plant die Schweiz weiter mit einem Ostanflugkonzept mit katastrophalen Auswirkungen auf den Landkreis Konstanz und den Schwarzwald-Baar-Kreis, der mit dem völlig unnötigen Luftwarteraum RILAX ohnehin schon gebeutelt ist.

Unseren regionalen politischen Vertretern ist es offensichtlich trotz klarer Aussagen, dass Ihre Verweigerungshaltung zur Zustimmung zu diesem Vertrag auch über die Bundestagswahl hinaus bestehen bleiben wird, nicht gelungen, Berlin zur Einlösung von Versprechungen (z.B. Ramsauer in Blumberg/Reichle in Basel) zu bewegen.

Nicht nur das: Die Schweiz kann sich Zeit lassen mit einer Reaktion auf das durch das Regierungspräsidium Freiburg begonnene und angemahnte Verfahren einer durch ein internationales Abkommen (ESPOO) gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung zu ihren Ausbau- und Erweiterungsplänen in Zürich-Kloten. Das Regierungspräsidium und die BI's warten ungeduldig auf die Herausgabe der notwendigen Unterlagen seitens der Schweiz, aus denen heraus die grenzüberschreitenden Belastungen definiert werden können. Auch hier besteht weiterer Handlungsbedarf.

Noch einmal darf es nicht vorkommen, dass die Schweiz ihre wahren Absichten und die reale Faktenlage (tatsächliche Sicherheitslage und Lärmsituation im Süden Zürichs, geplante Flugrouten und Flughöhen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen, tatsächliche Anzahl der Flugbewegungen...) verschleiern kann. Der einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg gefasste Beschluss unseres Landesparlamentes als Grundlage politischen Handelns der Landesregierung, dass die Kernpunkte der Stuttgarter Erklärung zur Lösung des von der Schweiz ausgelösten Fluglärmstreites gelten, muss nun endlich umgesetzt werden. Gegen den wirklich ernsthaften Willen unserer Landesregierung wird, unserer Überzeugung nach, Berlin nicht handeln.

Für die BI SBK:
Edwin Fluck

Für die BI KN:
Barbara Stroscher